

Gewofag zieht Mieterhöhungen teilweise zurück

Städtische Wohnungsbaugesellschaft reagiert auf Widerstand des Ramersdorfer Gewerbes – CSU sieht Image stark beschädigt

VON CARMEN ICK-DIETL

Die städtische Wohnungsbaugesellschaft Gewofag hat auf den Ärger über ihre drastischen Mieterhöhungen für lokale Gewerbetreibende in Ramersdorf (*wir berichteten*) reagiert und einige ihrer Forderungen revidiert.

Der Gewerbezirk Ramersdorf weiß von einigen Fällen, in denen die Aufschläge ganz oder zum Großteil zurückgenommen wurden. „In etwa 10 bis 20 Prozent der Fälle sind wir den Mietern entgegengekommen und haben individuelle Lösungen gefunden“, be-

stätigte Gewofag-Sprecherin Sabine Sommer gestern auf Anfrage. Zudem will sich die Gewofag künftig stärker mit dem Gewerbeverein austauschen, um Einzelhandel und Gewerbe in Ramersdorf zu stärken. Dabei sollen „gemeinsame Marketingstrategien gefunden und entwickelt werden, um die Nahversorgung zu sichern und aufzuwerten, sowie die gewachsene Vielfalt und damit die Identität des Stadtviertels aufrecht zu erhalten bzw. zu fördern“, so Stadtbaurätin Elisabeth Merk in ihrer Antwort auf eine Anfrage der CSU.

Die CSU-Stadträte Beatrix Burkhardt und Hans Podiuk hatten moniert, dass die Mieterhöhungen der Gewofag die städtischen Bemühungen zur Stärkung des lokalen Gewerbes konterkarieren. Nicht umsonst sei genau dieses Gebiet für die „Soziale Stadt“, ein Programm zur Förderung strukturschwacher Bezirke, ausgewählt worden.

Die Gewofag müsse einen Spagat zwischen ökonomischem Gebot und sozialer Verträglichkeit vollziehen, verteidigt Merk das Vorgehen. Schließlich werde die Gesellschaft von der Stadt



Maria Knauer,
kaufmännischer Vorstand
der Gewofag. MS

auch zur Optimierung der Wirtschaftlichkeit sowie zur Verbesserung der Ertragslage angehalten. Maria Knauer, kaufmännischer Vorstand der Gewofag, hat sich beim Gewerbezirk unterdessen vom

unfreundlichen Verhalten des externen Dienstleisters, der die Mieterhöhungen bei den Geschäftsinhabern vor Ort durchsetzen sollte, distanziert.

Künftig sollen bei Mietanpassungen sowohl der Zustand der Immobilie als auch die Leistungen des Vermieters berücksichtigt werden. Werden hier Verbesserungen durchgeführt, müsse die Gewofag die Kosten jedoch anteilig umlegen, sagte Maria Knauer. Dazu würden dann allerdings individuelle Vereinbarungen mit den Mietern getroffen.

Für die nächsten beiden Jahre haben die Geschäftsleute erst einmal Ruhe. In dieser Zeit werde man nicht noch einmal erhöhen, so die Zusage.

Für Hans Podiuk ist das Image vom supergünstigen Vermieter Gewofag, der nur drei Euro pro Quadratmeter verlange, jedenfalls zerstört. Denn laut Merk liegen gerade mal drei der 279 Gewofag-Gewerbeeinheiten zwischen null und drei Euro, 18 zwischen drei und fünf Euro pro Quadratmeter. Podiuk: „Da wurde ganz schön Sand in die Augen gestreut.“